



CDU Bedburg – Max-Beckmann-Str. 16 – 50181 Bedburg

An den Bürgermeister der Stadt Bedburg
Herrn Sascha Solbach

Michael Stupp

Fraktionsvorsitzender

Mobil: 01590-68 26 980

Email: fraktion@cdu-bedburg.de
michael.stupp@cdu-bedburg.de

www.cdu-bedburg.de

Bedburg, 22.06.2021

Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt Bedburg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Solbach,

die CDU Fraktion im Rat der Stadt Bedburg beantragt bezüglich des Planverfahrens „GIB+ Fläche zwischen Pütz und Kaster“ folgende Punkte:

- **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für die 56. Änderung des FNP sowie Änderung des Bebauungsplans Nr. 1/Pütz vom 02.02.2021**
- **Neufassung eines FNP sowie des Aufstellungsbeschlusses für ein reines Gewerbegebiet (GE) gemäß § 8 BauNVO NRW**
- **Ausweisung einer maximalen Flächengröße von 40 ha im südöstlichen Teil (unmittelbar an den BAB 61 Anschluss)**
- **Keine Mindestgröße (5 ha) der Parzellen**
- **Erarbeitung eines Lärmschutzkonzeptes zum Schutz der Bürgerschaft**
- **Ergreifung aller Maßnahmen, die einen Beitritt in den Zweckverband „Landfolge Garzweiler“ ermöglichen**
- **Beginn der Planungen einer Alternativfläche im Bereich des AK Jackerath (Hinweis auf die möglichen Änderungen des Landesplanungsrechtes und der Landesentwicklungsplanes)**

Begründung:

Die aktuell beabsichtigte Fläche zwischen Pütz und Kaster ist und bleibt aus unserer Sicht für eine gewerblich-industrielle Nutzung, wie von Ihnen im Regionalrat beantragt, gänzlich ungeeignet. Wir erkennen den Bedarf kleinerer Gewerbeflächen für lokale Unternehmen sowie die Ansiedlungen größerer Industriebetriebe abseits von Wohnbebauung zur Bewältigung des Strukturwandels. Dies muss aber im Einklang mit Natur und Anwohnerschaft erfolgen, um eine hohe Akzeptanz der Projekte und Maßnahmen zu erzielen.

Es besteht die Möglichkeit, dass die Stadt die Planung eines reinen Gewerbegebietes in die weitere Bauleitplanung vornimmt. Hierdurch werden die Bürgerinnen und Bürger vor möglichen Störfallbetrieben mit damit einhergehenden Emissionen geschützt, gleichzeitig können Gewerbebetriebe angesiedelt werden, zur Schaffung notwendiger Arbeitsplätze aber auch zur Sicherstellung von Gewerbesteuerereinnahmen. Bei der weiteren Planung als Gewerbegebiet kann

gleichzeitig die Parzellenmindestgröße reduziert werden, um für kleine und mittlere Gewerbe- und Handwerksbetriebe attraktiver zu sein. Die von Ihnen avisierte „Parzellenmindestgröße“ von 5 ha widerspricht zudem der Beschlusslage vom 14.11.2017, in der eine klare Ausrichtung auf kleine und mittlere Handwerksbetriebe beschlossen wurde.

Ebenso sprechen wir uns gegen eine „offene Seite“ zur Autobahn und „grünen Lärmschutz“ aus und beantragen hier, aktive Lärmschutzmaßnahmen einzuplanen und umzusetzen – der Schutz der Anwohnerschaft vor weiteren Lärmbelastungen ist aus unserer Sicht deutlich höher anzusehen als das Bedürfnis eines Unternehmens, von der Autobahn aus gesehen zu werden. Des Weiteren bitten wir die Verwaltung zu prüfen, inwieweit der Lärmschutz östlich der BAB A61 erneuert bzw. modernisiert und bis zur Rastanlage Bedburger Land verlängert werden kann.

Der Regionalrat wird in seiner nächsten Sitzung am 25.06.2021 unter TOP 7 einen Dringlichkeitsbeschluss für eine Resolution zur Änderung des Landesplanungsgesetzes bestätigen. Ziel der Resolution ist es, über den Landtag NRW eine Änderung des LPG herbeizuführen und den immer wieder diskutierten „Siedlungsanschluss“ als Voraussetzung aus dem Gesetz zu nehmen. Mit dieser Gesetzesänderung ist in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu rechnen. Nach einer Änderung des Landesentwicklungsplans zu Beginn der neuen Legislaturperiode (ab Mitte 2022) ergeben sich genau die Möglichkeiten, für die wir uns seit Monaten stark machen.

Wie bereits öffentlich gefordert, erwarten wir von Ihnen, dass Sie und die Stadtverwaltung jetzt alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um dem Zweckverband „Landfolge Garzweiler“ beizutreten und mit den Anrainerkommunen ein zukunftsorientiertes Konzept für ein Gewerbe- und Industriegebiet im Bereich der BAB A 44n / AK Jackerath entwickeln. In diesem Bereich gibt es jetzt schon Flächen, die nicht rekultiviert sind und somit keinen „Liegezeiten“ unterliegen.

Aus Sicht der CDU Bedburg ist Ihre bisherige Blockadehaltung, sich intensiver mit Alternativflächen zu beschäftigen, als fahrlässig anzusehen – es war abzusehen, dass die zuständigen Gremien und die Landespolitik diese Möglichkeit im Rahmen des Strukturwandels ermöglichen werden, denn anders sind die zukünftigen Herausforderungen für eine echte zukunftsfähige und nachhaltige Schaffung neuer, qualifizierter Arbeitsplätze nicht umsetzbar!

Mit freundlichen Grüßen



Michael Stupp
Fraktionsvorsitzender



Gudrun van Cleef
Sprecherin SEA



Michael Skomrock
Vorsitzender AKDWS